

Bundesland

Vorarlberg

Inkrafttretensdatum

22.07.1998

Fundstelle

LGBI. Nr. 55/1998

Titel

Verordnung der Landesregierung betreffend die Bekämpfung von Nelkenwicklern

Text

Auf Grund des § 9a des Kulturpflanzenschutzgesetzes, LGBI. Nr. 32/1949, in der Fassung LGBI. Nr. 24/1998, wird verordnet:

§ 1**Zweck**

Diese Verordnung regelt die zur Bekämpfung und Verhinderung der Ausbreitung von Nelkenwicklern gebotenen Maßnahmen.

§ 2**Begriffsbestimmungen**

Nelkenwickler im Sinne dieser Verordnung sind der Mittelmeernelkenwickler (*Cacoecimorpha pronubana* Hb.) und der Südafrikanische Nelkenwickler (*Epichoristodes acerbella* [Walk.] Diak.).

§ 3**Anzeigespflicht**

Wer immer an irgend einem Ort des Landes Nelkenwickler feststellt oder Anzeichen wahrnimmt, die mit Grund auf das Vorhandensein von Nelkenwicklern schließen lassen, hat dies dem für diesen Ort zuständigen Bürgermeister unverzüglich anzuzeigen. Hierüber ist die Bezirkshauptmannschaft unverzüglich zu informieren.

§ 4**Schutzmaßnahmen**

- (1) Nelken dürfen nur in Verkehr gebracht werden, wenn sie nicht von Nelkenwicklern befallen sind.
- (2) Von Nelkenwicklern befallene Kulturen sind so zu behandeln, dass die von ihnen stammenden und in Verkehr zu bringenden Nelken keinen Befall aufweisen.

§ 5**Ausnahmen**

Abweichend von § 4 dürfen Schnittblumen von Nelken mit geringfügigem Befall von Nelkenwicklern in der Zeit vom 16. Oktober bis zum 30. April in Verkehr gebracht werden, wenn durch ausreichende Kontrollen sichergestellt wird, dass diese Ausnahme die Bekämpfung der Nelkenwickler nicht beeinträchtigt und keine Gefahr einer Ausbreitung dieser Schadorganismen mit sich bringt.

§ 6**Züchtungs-, Haltungs- und Manipulationsverbot**

(1) Das Züchten, Halten und die Arbeit mit Nelkenwicklern sind verboten.

(2) Die Landesregierung kann für wissenschaftliche Zwecke, Testverfahren oder Züchtungsvorhaben Ausnahmen von Abs. 1 zulassen, wenn hiedurch die Bekämpfung von Nelkenwicklern nicht beeinträchtigt wird und keine Gefahr der Ausbreitung des Schadorganismus besteht.

§ 7**Behörde**

Behörde im Sinne dieser Verordnung ist die Bezirkshauptmannschaft, falls nicht ausdrücklich eine andere Behörde für zuständig erklärt wurde.